

freiheit

Ausgabe 04/22

das österreichische arbeitnehmerinnen- und arbeitnehmermagazin

Foto: istock/Roman Stavla

Wir bremsen die Teuerung!

Übersicht zu den
Teuerungsmaßnahmen
der Bundesregierung
finden Sie im Blattinneren
als Wandzeitung zum
Herausnehmen!



TRAISEN BAU

3100 St. Pölten

Tel.: +43 (0) 2742 / 88 10 04 www.traisenbau.at



**Intelligentes
Bauen verbindet
Menschen.**

PORR Bau GmbH
Hochbau . NL NÖ . Baugebiet Wiener Neustadt
Industriegasse 6, 2700 Wr. Neustadt
+43 50 626-2470
porr.at

PORR

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser der *freiheit!*

Die hohe Inflation der vergangenen Monate und die dadurch entstandene Teuerungswelle macht vor uns allen keinen Halt. Deswegen setzt die Bundesregierung – gemeinsam mit dem Parlament – treffsichere Maßnahmen, um den Menschen unter die Arme zu greifen. Auch junge Menschen, die studieren, sind von den aktuellen Preissteigerungen betroffen. Deswegen krepelt das Bildungs- und Wissenschaftsministerium nun das Studienbeihilfensystem um. Studierende können in Zukunft mit einer umfassenden und zielgerichteten Erhöhung der Studienförderung um 8,5-12 Prozent rechnen.

Im Jahr 2022 wird das Budget für Studienbeihilfen um 22 Millionen Euro und 2023 um 68 Millionen Euro aufgestockt und damit wird für Studentinnen und Studenten die Erhöhung der Beihilfe mit 1. September 2022 wirksam. Profitieren werden davon über 50.000 Studierende. Mit der Erhöhung der Studienbeihilfe wird auch das Berechnungssystem neu aufgestellt und vor allem vereinfacht. Anstatt von Höchstjahresbeiträgen auszugehen und Abzüge wegzurechnen, gilt nun das Baukastenprinzip.

Alle Bezieherinnen und Bezieher können einen Grundbetrag von 335 Euro erhalten, zu dem – je nach Lebenssituation – bestimmte Beträge, wie der Ersatz der Familienbeihilfe für über 24-jährige Studierende, ein Wohnkostenbeitrag oder ein Kinderzuschlag hinzugerechnet werden.

Ihre

Nikola König-Weixelbraun
freiheit-Chefredakteurin



Foto: GPA

franz.gosch@fcg.at
www.pendlerinitiative.at

Wenn die Treibstoffrechnung an der Zapfsäule zu ernststen Existenzsorgen führt, ist die Mobilität der Menschen, vor allem im ländlichen Raum ernsthaft in Frage gestellt. Wenn der Weg zur Arbeit schon teurer wird als der Ertrag aus der Erwerbstätigkeit, dann ist für viele betroffene Pendlerinnen und Pendler wirklich Feuer am Dach. Deshalb ist rasche Hilfe dringend notwendig und die Bundesregierung hat mit der bereits ab Mai wirksamen deutlichen Erhöhung der Pendlerförderung rechtzeitig eine zielgerichtete Entlastung eingeleitet.

KILOMETERGELD RASCH AUF 50 CENT ERHÖHEN

EIN GASTKOMMENTAR VON BUNDESGESCHÄFTSFÜHRER DER FCG/GPA
FRANZ GOSCH, OBMANN DER PENDLERINITIATIVE ÖSTERREICH

Ein weiteres Kostenproblem haben alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, welche auf „Dienstreisen“ den privaten PKW für die Erledigung ihrer Arbeit zur Verfügung stellen. Der Einsatz des eigenen Autos im Auftrag ihres Arbeitgebers ist zum teuren Draufzahler-Geschäft geworden. Der Umstand, dass das amtliche Kilometergeld (derzeit 42 Cent) seit 14 Jahren nicht mehr erhöht wurde, ist ein arges Systemversagen, welches zulasten der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geht.

Mit dem sogenannten „Grasser-Erlass“ aus dem Jahr 2008, dieser ließ das amtliche Kilometergeld ohne weitere Indexierung „einfrieren“, wurden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit den gestiegenen Kosten für ihr Kfz allein gelassen, aktuell führt jede dienstliche Fahrt zu einem Netto-Einkommensverlust. Ein unhaltbarer Zustand, der umgehend behoben werden muss. Das KM-Geld soll ja auch Neuanschaffung und Reparaturen etc. berücksichtigen. Alles Aufwendungen, die sich in den vergangenen 14 Jahren drastisch verteuert haben. Die Erhöhung des KM-Geldes ist eine vordringliche ÖAAB-FCG-Forderung. Die Zeit ist reif für eine Anhebung auf mindestens 50 Cent – jetzt und ohne Aufschub!

Impressum

Herausgeber: Wiener Pressverein **Medieninhaber:** Wiener Pressverein (Vorstand Dir. Walter Mayr, Rudolf Habeler) **Blattlinie:** Christlich-soziale Arbeitnehmerpolitik **Redaktion:** Mag. Nikola König-Weixelbraun, Sabine Egerer, Irene Peer-Polzer, Mag. Elisabeth Halvax **Anzeigenverwaltung:** Sabine Egerer, Lichtenfelsgasse 7, 1010 Wien, 01/40141-596 **Layout:** Dipl.-Ing. Albrecht Oppitz **Herstellung:** Walstead NP Druck Gesellschaft m.b.H., Gutenbergstraße 12, 3100 St. Pölten; Namentlich gezeichnete Artikel müssen sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken.

Offenlegung gemäß § 25 (1) Mediengesetz

Herausgeber: Wiener Pressverein **Medieninhaber:** Wiener Pressverein (Vorstand Dir. Walter Mayr, Rudolf Habeler) **Unternehmensgegenstand** (Verzweckung): Förderung der österreichischen Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbewegung durch Herausgabe von Zeitungen, Zeitschriften, Flugschriften, Büchern und Broschüren **Sitz:** Lichtenfelsgasse 7, 1010 Wien **Blattlinie:** Christlich-soziale Arbeitnehmerpolitik



Foto: BKA/Wenzel

„Pendler profitieren mit rund 420 Millionen Euro“

Seit Dezember des Vorjahres ist der Vorarlberger Magnus Brunner Bundesminister für Finanzen. Mit der *freiheit* hat der leidenschaftliche Tennisspieler über diese ersten Monate, die Corona-Krise, den Krieg in der Ukraine, die hohe Inflation und die Unterstützungsmaßnahmen für die Österreicherinnen und Österreicher gesprochen. Lesen Sie hier mehr.

***freiheit:* Herr Bundesminister, seit über zwei Jahren beschäftigt uns die Corona-Pandemie und vor allem ihre wirtschaftlichen Auswirkungen. Die Bundesregierung hat laufend – gemeinsam mit dem Parlament – Maßnahmen gesetzt und Hilfspakete zur Verfügung gestellt. Sie selbst sind seit Dezember Finanzminister – wie sieht Ihre Bilanz aus?**

Magnus Brunner: Nicht nur gesundheitlich, sondern auch wirtschaftlich und budgetär sind die Auswirkungen von Corona immer noch spürbar. In erster Linie hat das Virus bei vielen Menschen für unvorstellbares Leid und tragische Schicksale gesorgt. Neben diesen Schicksalen hat der Kampf gegen Corona auch volkswirtschaftlich und wirtschaftlich große Schäden

angerichtet. Insgesamt hat der Staat seit Beginn der Pandemie 42 Milliarden Euro ausgeben müssen. Das ist eine enorme Summe, die Insolvenzen verhindert und Arbeitsplätze gerettet hat. Unsere Hilfen haben gewirkt! Das sagt nicht nur die Politik, das sagen vor allem auch Expertinnen und Experten, etwa vom Internationalen Währungsfonds und von Ratingagenturen. So wie Österreich geholfen hat, so haben nicht viele Länder geholfen – sowohl was die Geschwindigkeit als auch das Volumen der Hilfen betrifft!

***freiheit:* Wie ist Ihre Meinung zum Krieg in der Ukraine – braucht es weitere Sanktionen?**

Brunner: Seit Ende Februar haben wir es mit einer unvorstellbaren Situation

zu tun. Es herrscht Krieg auf unserem Kontinent, in unserer unmittelbaren Nähe. Präsident Putin hat mit seinem Angriff eine rote Linie überschritten. Österreich und die gesamte Europäische Union stehen daher ganz klar auf der Seite der Ukraine. Die notwendigen Maßnahmen gegen die Russische Föderation sind sehr weitreichend und in ihrer Dimension beispiellos in der Geschichte der Europäischen Union. Das Entscheidende ist, dass wir mit den Sanktionen die Ukrainerinnen und Ukrainer im Kampf gegen den Angreifer unterstützen. Bei allen berechtigten Wünschen nach stärkeren Sanktionen müssen wir jedoch stets im Blick haben, dass Sanktionen nur nützen, wenn sie nicht uns mehr schaden als jenen, die sie treffen sollen.

freiheit: Wir wissen, dass Krieg immer ein Treiber für die Inflation ist. Welche Herausforderungen sehen Sie in Bezug auf den Krieg in der Ukraine?

Brunner: Europa ist von der aktuellen Krisensituation stärker betroffen als andere Regionen. Alle Expertinnen und Experten sind sich einig, dass wir eine längere Phase höherer Inflationsraten sehen werden. Weltweit ist die Politik gefordert, wirkungsvolle Gegenmaßnahmen zu entwickeln. Grundsätzlich ist der Kampf gegen die Inflation Sache der Europäischen Zentralbank. Die Reaktion darauf ist für die EZB keine leichte Aufgabe und erfordert viel Fingerspitzengefühl. Es geht darum, eine Überhitzung der Wirtschaft zu verhindern und wirtschaftliche Erholung nicht abzuwürgen. Aber hohe Inflationszahlen gefährden mittel- und langfristig die Kaufkraft und damit den Wohlstand. Die hohe Inflation ist ein globales Phänomen und die nationalen Regierungen können nur Abfederungsmaßnahmen setzen. Ein Staat kann zwar nie jede Entwicklung zu 100 Prozent kompensieren, muss aber natürlich dort, wo es notwendig ist, helfen und die schlimmsten Auswirkungen auf Wirtschaft und Bevölkerung abfedern. Das tun wir in Österreich auch. Und das wie schon in der Pandemie sowohl beim Tempo und beim Volumen höher und schneller als die meisten anderen EU-Länder. Während andere Länder noch über mögliche Maßnahmen gegen die hohen Preise diskutieren, haben wir bereits zwei Pakete geschnürt, die bis in das Jahr 2023 wirken und ein Gesamtvolumen von 4 Milliarden Euro haben.

freiheit: Die Inflation und der Krieg in der Ukraine sorgen für eine massive Teuerungswelle in Europa und auch in Österreich. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bisher gesetzt, um dem entgegenzuwirken?

Brunner: Mit dem Beschluss der 50-prozentigen Erhöhung des Pendlerpauschales, der Vervierfachung des Pendlereuros und der Senkung

von Erdgas- und Elektrizitätsabgabe sowie der Begünstigung des Agrardiesels setzen wir konkrete Maßnahmen, um die Menschen finanziell zu entlasten. Pendlerinnen und Pendler profitieren mit rund 420 Millionen Euro von den Erhöhungen des Pendlerpauschales und des Pendlereuros. Die Senkung der Elektrizitätsabgabe und Erdgasabgabe auf EU-Mindestniveau bringt den Haushalten und Unternehmen rund 900 Millionen Euro. Allein durch diese drei Einzelmaßnahmen profitiert eine Familie mit 3.000 bzw. 3.100 Euro Brutto-Gehalt, in der beide je 25 Kilometer in eine Richtung pendeln, mit über 800 Euro in den Jahren 2022 und 2023.

freiheit: Neben diesen abfedernden Maßnahmen, die schnell wirken, stehen auf der politischen Agenda auch die Umsetzung von langfristigen Entlastungsschritten, wie mit der Ökosozialen Steuerreform. Ab wann werden die Menschen diese Entlastung spüren können?

Brunner: Ab sofort! Mit der Ökosozialen Steuerreform entlasten wir arbeitende Menschen und Familien, stärken den Standort und setzen Anreize für umweltfreundliches Handeln. Wir setzen damit die größte Transformation des Steuersystems um, die es jemals gab. Während andere Länder Steuern erhöhen, senken wir die Abgaben. In Summe wird die Entlastung der Österreicherinnen und Österreicher und der heimischen Wirtschaft bis 2025 rund 18 Milliarden Euro betragen. Wie viel Geld jede und jeder mehr bekommt, kann selbst berechnet werden: Unter www.bmf.gv.at/Entlastungsrechner hat das Finanzministerium einen Entlastungsrechner online gestellt.

freiheit: Im vergangenen Monat waren Sie bei einem Treffen mit Finanzministern und Notenbankchefs bei der Weltbank in Washington D.C. dabei. Welche Themen standen dort auf der Tagesordnung?

Brunner: Ich durfte Österreich bei der Frühjahrstagung von Weltbank und Währungsfonds in Washington vertreten, und dabei u.a. mit FED-Chef Jerome Powell und IWF-Chefin Kristalina Georgieva sprechen. Im Fokus der Gespräche standen der Krieg in der Ukraine und die höhere Inflation sowie die damit steigenden Preise. Die Nachholeffekte durch die gestiegene Nachfrage nach der Pandemie treffen nun auf Angebotsverknappung und Energieengpässe. Zudem dämpft die aktuelle Covid-Situation in China die globalen Erwartungen. Die Experten des IWF raten zur Bekämpfung der Inflation auf strukturelle Veränderungen statt auf temporäre Einzellösungen zu setzen. Wir tun das in Österreich bereits! Gleichzeitig wird von den Expertinnen und Experten der Weltbank auch eine Rückkehr zu einer nachhaltigen Budgetpolitik empfohlen, sobald dies vor dem Hintergrund der Krise möglich ist. Oberstes Ziel muss sein, der EZB Handlungsspielräume für Maßnahmen gegen die steigende Inflation zu geben, und dieser Handlungsspielraum ist derzeit nur begrenzt vorhanden.

freiheit: Herr Bundesminister, zum Abschluss möchten wir Ihnen noch eine persönliche Frage stellen. Sie waren Präsident des Österreichischen Tennisverbands – welche Lehren können Sie aus dem Sport ziehen, die Sie in der Politik anwenden?

Brunner: Werte wie Gemeinschaft, Toleranz und Fair Play sind die Grundpfeiler, auf denen unser soziales Miteinander fußt. Diese Werte sind der Kompass für eine funktionierende Gesellschaft. Und das Wichtigste ist, dass keine und keiner ausgeschlossen wird und jede und jeder Teil dieser Gemeinschaft ist. Zusammenhalt, Zusammenarbeit und Teamgeist sind wichtige Komponenten im Berufsleben und unserer Gesellschaft – hier kann man sich viel vom Sport abschauen.

Bevölkerung will höheres Verteidigungsbudget

Die Mehrheit der Bevölkerung ist dafür, die Ausgaben für die Landesverteidigung zu erhöhen. Dies ist ein Ergebnis einer repräsentativen Umfrage des Instituts für Demoskopie und Datenanalyse für den Online-Blog „Zur-Sache“. Auch die militärische Landesverteidigung ist der Mehrheit der österreichischen Bevölkerung wichtig. Nun soll das Bundesheer künftig finanziell gestärkt werden.

Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat die Sicherheitsarchitektur in Europa erschüttert. Gleichzeitig hat der Angriff gezeigt, dass die militärische Landesverteidigung unabdingbar ist, um die territoriale Integrität eines Landes zu gewährleisten. Das sehen auch die Österreicherinnen und Österreicher so. Das Institut für Demoskopie und Datenanalyse hat im Auftrag des Online-Blogs des ÖVP-Parlamentsklubs „Zur Sache“ eine Umfrage durchgeführt, die ein klares Bild zeigt.



Verteidigungsministerin Klaudia Tanner im Gespräch mit Rekruten in Langenlebarn

Für nahezu drei Viertel ist die militärische Landesverteidigung wichtig

Die Aussage „Die militärische Landesverteidigung in Österreich ist mir wichtig“ trifft auf breite Zustimmung: 35 Prozent stimmen voll und ganz zu, weitere 36 Prozent stimmen eher zu. Damit sind nahezu drei Viertel der österreichischen Bevölkerung der Ansicht, ihnen sei die militärische Landesverteidigung wichtig.

Die Zustimmungsrate liegt bei allen Wählern und Wählerinnen über der Hälfte, ist aber nach Wählersegmenten doch unterschiedlich verteilt. Die höchste Zustimmungsrate findet sich unter ÖVP-Wählern mit 80 Prozent, gefolgt von FPÖ-Wählern mit 79 Prozent, SPÖ-Wählern mit 67 Prozent, Grünen-Wählern mit 59 Prozent und den Neos-Wählern mit lediglich 51 Prozent.

Die Zustimmung zu dieser Aussage ist unter Frauen mit 74 Prozent höher als unter Männern mit 70 Prozent. Der Anteil der Zustimmung beträgt bei Personen über 50 Jahren 76 Prozent, bei den unter 50-Jährigen nur 64 Prozent.

Mehr als die Hälfte für Erhöhung des Verteidigungsbudgets

Gefragt wurde weiters, ob es „Ihrer Meinung nach notwendig ist, dass generell die Ausgaben für die Landesverteidigung erhöht werden“. Mit Ja antworten 54 Prozent mit Nein 39 Prozent der Befragten.

Eine Mehrheit für die Erhöhung der Ausgaben für Landesverteidigung findet sich in allen Parteien, die Größenordnungen sind unterschiedlich. Die höchste Zustimmung zeigt sich bei Wählerinnen und Wählern der ÖVP mit 63 Prozent, gefolgt von jenen der SPÖ mit 53 Prozent, der Neos mit 50 Prozent, der FPÖ mit 49 Prozent und der Grünen mit 48 Prozent.

Die Zustimmung zur Erhöhung des Verteidigungsbudgets ist unter Männern mit 57 Prozent höher als unter Frauen mit 51 Prozent. Personen über 50 Jahre stimmen zu 59 Prozent zu, Personen unter 30 Jahren nur mit 52 Prozent. Hinsichtlich Bildung ergibt sich kaum ein Unterschied: Personen ohne Matura sind zu 55 Prozent, jene mit Matura

zu 54 Prozent für ein höheres Verteidigungsbudget. Und die Stadtbevölkerung ist zu 58 Prozent, die Landbevölkerung zu 53 Prozent dafür.

Fazit

Die österreichische Bevölkerung steht quer durch alle Schichten und Wahlpräferenzen eindeutig hinter dem Bundesheer, erklärt IFDD-Geschäftsführer Christoph Haselmayer zu diesem Ergebnis. Für nahezu drei Viertel der Bevölkerung ist das Bundesheer „wichtig“. Weiters ist mehr als die Hälfte der Bevölkerung der Ansicht, die Ausgaben für Landesverteidigung sollten generell erhöht werden.

In diesem Meinungsbild ist, so Haselmayer, klar eine Reaktion der Öffentlichkeit auf die gegenwärtige Kriegslage in der Ukraine zu erkennen. Mit der stark verankerten Meinung, das Verteidigungsbudget zu erhöhen, wird auch die Sorge um die Zukunft ausgedrückt. Die Bevölkerung wünscht eindeutig, dass künftig für Österreichs Landesverteidigung mehr Mittel zu Verfügung stehen.

15 Millionen Euro mehr für die Feuerwehr

Die Feuerwehren leisten eine unschätzbare Arbeit für Österreich. Sie stehen rund um die Uhr verlässlich für die verschiedensten Einsätze zur Seite und tragen maßgeblich zur Sicherheit bei. Es ist ein Zeichen der Wertschätzung für die rund 345.000 Mitglieder des Feuerwehrwesens im Land, dass die Bundesregierung nun zusätzliche 15 Millionen Euro an Zuwendungen für die Feuerwehren gewährt.

Ein neues Gesetz bringt den Freiwilligen Feuerwehren bei der Anschaffung von neuen Geräten eine finanzielle Erleichterung. Den Feuerwehren werden 15 Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt. Diese Summe ist die Abgeltung für die Mehrwertsteuer, die auch Feuerwehren bei Ankäufen neuer Gerätschaften entrichten. Mit dieser Entlastung folgt die Bundesregierung einem langjährigen Wunsch der Feuerwehren.



Ende April fand vor dem Bundeskanzleramt eine Pressekonferenz mit Bundeskanzler Karl Nehammer (5.v.l.), Bundesminister Johannes Rauch (6.v.l.), Klubobmann August Wöginger (2.v.l.) und Vertretern der Feuerwehr statt

Hunderttausende Mitglieder für Hunderttausende Einsätze

Sie sind ein unverzichtbarer und kostbarer Teil in jeder Dorfgemeinschaft: die Freiwilligen Feuerwehren. Über 345.000 Mitglieder leisten in 4.472 Freiwilligen Feuerwehren, sechs Berufsfeuerwehren und 313 Betriebsfeuerwehren eine unschätzbare Arbeit. Sie tragen maßgeblich dazu bei, die Sicherheit in Österreich zu garantieren, und sind im Ernstfall stets zur Stelle. Allein im vergangenen Jahr wurden sie zu 264.000 Einsätzen gerufen.

Die Bundesregierung wird als Zeichen der Wertschätzung für das ehrenamtliche Engagement zusätzlich 15 Millionen Euro für die Anschaffung von Einsatzfahrzeugen und Ausrüstung zur Verfügung stellen. Mit diesem Betrag soll den Feuerwehren die Mehrwertsteuer (20 Prozent), die bei der Investition in Fahrzeuge und Ausrüstung anfällt, abgegolten werden. Ein entsprechender Gesetzesentwurf wurde in Begutachtung geschickt. Eine ähnliche Regelung gab es bisher im Land Niederösterreich.

Nehammer: „Investition in Krisenvorsorge“

Für Bundeskanzler Karl Nehammer sind die 15 Millionen Euro eine „Investition in die Sicherheit und Krisenvorsorge“. „Die tagtägliche Leistung der Freiwilligen Feuerwehren hat einen unschätzbaren Wert für unsere Gesellschaft“, betont der Regierungschef.

August Wöginger selbst Feuerwehrmann

ÖAAB-Bundesobmann und Klubobmann August Wöginger würdigte bei einem gemeinsamen Medientermin mit Bundeskanzler Karl Nehammer und Sozialminister Johannes Rauch das Engagement der Mitglieder der Feuerwehren. Als früherem Freiwilligensprecher der Volkspartei sei es ihm besonders wichtig, „dass wir den Feuerwehren unterstützend unter die Arme greifen können. Damit zollen wir unseren Respekt und Dank.“

Er selbst, so Wöginger, sei seit seinem 16. Lebensjahr bei der Freiwilligen

Feuerwehr engagiert – aus zeitlichen Gründen jedoch nicht mehr im gewünschten Ausmaß. „Die Feuerwehren leisten eine unschätzbare Arbeit für Österreich. Sie stehen rund um die Uhr verlässlich für die verschiedensten Einsätze bereit und tragen maßgeblich zur Sicherheit bei“, verweist Wöginger auf rund 264.000 Einsätze der Feuerwehren im vergangenen Jahr.

2022 bereits 117 Millionen Euro den Feuerwehren bereitgestellt

Das Feuerwehrwesen liegt in der Kompetenz der Länder. Der Bund stellt 8,9 Prozent des Katastrophenfonds für die Anschaffung von Einsatzgeräten zur Verfügung. Das sind im Jahr 2022 rund 46,7 Millionen Euro. Zudem erhalten die Länder die Erträge aus der Feuerschutzsteuer – das sind heuer weitere rund 71 Millionen Euro, zusammen rund 117,7 Millionen Euro. Mit der nun in Begutachtung geschickten Gesetzesnovelle werden die Feuerwehren zusätzlich mit 15 Millionen Euro unterstützt.

Wir bremsen die T

Anti-Teuerungspaket



Erhöhung des Pendlerpauschales um 50% und **Vervierfachung des Pendlereuros**



150 Mio. Euro für **Preissenkungen im öffentlichen Verkehr** und Angebotsenerweiterung



Senkung der spezifischen Energieabgaben [Erdgasabgabe und Elektrizitätsabgabe] um rund 90%



Kontrolle der Öl-Industrie und von Betrieben in der Öl/Diesel/Benzin-Wertschöpfungskette durch den Kartellanwalt [BMJ]



Agrardiesel-Kostenausgleich



Ausgleich von steigenden Energiekosten im öffentlichen Verkehr



Entlastung für inländische KMUs mit hohem Treibstoffaufwand und **Liquiditätshilfe für Unternehmen**



Unterstützung für Betriebe zum raschen Umstieg auf alternative dekarbonisierte Antriebsformen



Investitionsoffensive Energieunabhängigkeit für Windkraft- und Photovoltaik-Projekte

Langfristige Maßnahmen

Maßnahme

Senkung der zweiten Einkommensteuerstufe

Senkung der dritten Einkommensteuerstufe

Erhöhung des SV-Bonus

Erhöhung des Pensionistenabsetzbetrages und des erhöhten Pensionistenabsetzbetrages

Erhöhung des Familienbonus für minderjährige Kinder

Erhöhung des Familienbonus für über 18-Jährige

Erhöhung des Kindermehrbetrages

Einführung des regionalen Klimabonus

euerung.

4 MRD. EURO ENTLASTUNG

Details	Entlastung
Senkung von 35% auf 30% ab Juli 2022 [Mischsteuersatz für das ganze Jahr 2022: 32,5%]	bis zu 650 € pro Jahr zusätzlich
Senkung von 42% auf 40% ab Juli 2023 [Mischsteuersatz für das ganze Jahr 2023: 41%]	bis zu 580 € pro Jahr zusätzlich
Entlastung der Geringverdienerinnen und Geringverdiener rückwirkend für 2021	bis zu 250 € pro Jahr zusätzlich
Pensionisten- absetzbetrag von 600 € auf 825 € Erhöhter Pensionisten- absetzbetrag von 964 € auf 1.214 €.	Pensionisten- absetzbetrag bis zu 225 € Erhöhter Pensionisten- absetzbetrag bis zu 250 €
Erhöhung des Familienbonus von 1.500 € auf 2.000 €	500 € mehr pro Kind und Jahr
Erhöhung des Familienbonus von 500 € auf 650 €	150 € mehr pro Kind und Jahr
Erhöhung des Kindermehrbetrages von 250 € auf 450 €	200 € mehr pro Kind und Jahr
Der regionale Klimabonus wird in vier Stufen (100 €, 133 €, 167 €, 200 €) eingeführt. Für Kinder gibt es einen Zuschlag von 50%.	bis zu 200 € mehr pro Jahr

Kurzfristige Maßnahmen

Maßnahme	Details	Entlastung
Aussetzen der Ökostrom-Pauschale und Entfall des Ökostrom-Förderbetrages	Ökostrom-Kosten für Betriebe und Haushalte werden für das Jahr 2022 auf null gesetzt.	90–100 € pro Jahr und Haushalt
Energie-kostenausgleich	Die Auszahlung erfolgt an jeden Haushalt mit einem Einkommen bis zur ein- bzw. zweifachen ASVG-Höchstbeitragsgrundlage mittels Gutscheine	einmalig 150 €
Teuerungsausgleich für besonders vulnerable Gruppen	Zusätzlich zur bereits beschlossenen Einmalzahlung von 150 € werden Arbeitslose, Mindestsicherungs- und Studienbeihilfe-Bezieher sowie Mobilitätsstipendiaten mit weiteren 150 € unterstützt.	zweimalige Auszahlung von 150 €

Beispiel

Großes/kleines Pendlerpauschale: In einem Haushalt pendeln beide Personen in die Arbeit und haben Anspruch auf ein großes Pendlerpauschale zwischen 40-60 km (Pendelweg 50 km, monatliches Bruttoeinkommen 2.800 Euro) bzw. auf ein kleines Pendlerpauschale (Pendelweg 30 km, monatliches Bruttoeinkommen 1.000 Euro).

Monatliches Bruttoeinkommen	€ 2.800	€ 1.000
Pendlerpauschale & Pendlereuro alt	€ 1.058	€ 200
Pendlerpauschale & Pendlereuro neu	€ 1.946	€ 300
Entlastung	€ 888	€ 100



ÖAAB-Mandatare und ihr „Lieblingsort in Österreich“

Christian Stocker



Fotos: Harald Wrede

Der Niederösterreicher Christian Stocker ist seit 2019 im Nationalrat. Seit 2000 ist er Vizebürgermeister der Stadtgemeinde Wiener Neustadt und Stadtparteiobmann der ÖVP in seiner Heimatgemeinde. Im Jahr 1994 machte er sich als Rechtsanwalt selbstständig. Im Dezember 2021 wurde er Mitglied im Untersuchungsausschuss sowie Nachfolger von Karl Mahrer als Sprecher für Inneres und Sicherheit im ÖVP-Parlamentsklub.

freiheit: Welcher ist Ihr Lieblingsort in Österreich und warum?

Ich habe das Glück, in Wiener Neustadt aufgewachsen zu sein, und in meiner Heimatstadt nicht nur zu leben und zu arbeiten, sondern unsere Stadt auch kommunalpolitisch mitgestalten zu können. In Wiener Neustadt sind für mich viele Plätze mit vielen schönen Erinnerungen verbunden. Außerhalb meiner Heimatstadt habe ich meinen Lieblingsplatz im Höllental, gelegen zwischen Rax und Schneeberg, gefunden. Die Unberührtheit der Natur, verbunden mit der wildromantischen Flusslandschaft, macht diesen Ort für mich, für Bergsteiger und Erholungssuchende und für viele andere, die dieses Tal frequentieren, zu einer Kraftquelle. Dort kann ich, wenn auch

sehr selten, am Ufer der Schwarza meiner Passion des Fliegenfischens nachgehen.

freiheit: Gibt es ein spezielles Erlebnis, das Sie besonders mit diesem Ort verbinden?

Hier habe ich den Fisch meines Lebens gefangen, eine Bachforelle mit 76 cm.

freiheit: Haben Sie für unsere Leserinnen und Leser einen Insider-Tipp für diesen Ort?

Lohnend ist auf jeden Fall ein Besuch im Wasserleitungsmuseum Kaiserbrunn. Sehr anschaulich wird hier erklärt, wie seit der Zeit Kaiser Franz Josephs das Trinkwasser in die Bundeshauptstadt gelangt.

Meinen Lieblingsplatz zum Fliegenfischen kann ich leider nicht verraten...

freiheit: Was ist – in Nicht-Corona-Zeiten – Ihr Lieblingsort außerhalb von Österreich und warum?

Italien war, ist und bleibt meine Lieblingsdestination. Mit Italien verbinde ich Urlaubserinnerungen aus meiner Kindheit mit den kulinarischen Versuchen der Gegenwart.



Gerne besucht Christian Stocker den Markt am Hauptplatz von Wiener Neustadt

FREIHEIT | PARLAMENTARISMUS ERKLÄRT

Die parlamentarische Bundesheerkommission

Vor Kurzem hat die parlamentarische Bundesheerkommission ihren Tätigkeitsbericht für das Jahr 2021 vorgelegt. Demnach sind im Berichtsjahr 294 Beschwerdeverfahren eingeleitet worden, die sich im Wesentlichen auf Angelegenheiten des Ausbildungs- und Dienstbetriebes sowie auf Ausrüstungs- und Unterbringungsmängel bezogen. An die parlamentarische Bundesheerkommission wenden sich Soldatinnen und Soldaten aller Dienstgrade mit ihren Beschwerden. Diese wer-

den von der Kommission genau geprüft. Die Kommission übermittelt regelmäßig Berichte über ihre Tätigkeit an den Nationalrat, die vom zuständigen Ausschuss behandelt werden.

Begonnen hat die aktuelle Funktionsperiode der Kommission am 1. Jänner 2021. Eine Funktionsperiode dauert sechs Jahre. Vorsitzender der Kommission ist derzeit ÖVP-Wehrsprecher Friedrich Ofenauer. Er wechselt sich mit Robert Laimer von der SPÖ und Reinhard Eugen

Bösch von der FPÖ in der Amtsführung nach jeweils zwei Jahren ab. Insgesamt gehören der Kommission in dieser Funktionsperiode 13 Mitglieder an – fünf ÖVP, drei SPÖ, zwei FPÖ, zwei Grüne, ein NEOS. Die Größe der parlamentarischen Bundesheerkommission variiert je nach Zusammensetzung des Nationalrats. Jede im Hauptausschuss vertretene politische Partei hat im Verhältnis ihrer Mandatsstärke einen Anspruch, in der Kommission vertreten zu sein.



Das Team des ÖVP-Parlamentsklubs mit Klubobmann August Wöginger, Bundeskanzler Karl Nehammer und der ÖVP-Regierungsmannschaft in St. Wolfgang

Klubklausur in St. Wolfgang

Ende März hat der ÖVP-Parlamentsklub im frühlinghaften St. Wolfgang im Salzkammergut eine Klubklausur abgehalten. Selbstverständlich mit dabei: Bundeskanzler und Bundesparteiobmann Karl Nehammer und die ÖVP-Ministerriege. Auch den oberösterreichischen Landeshauptmann Thomas Stelzer konnte Klubobmann August Wöginger im Rahmen der Tagung begrüßen. Inhaltliche Schwerpunkte dieser Klausur waren vor allem die Flüchtlinge aus der Ukraine, die Maßnahmen gegen die Teuerung, aber auch die anstehende Pflegereform. „Das Team des ÖVP-Parlamentsklubs ist hoch motiviert. Gemeinsam mit unserer Regierung und unserem Parteiobmann und Bundeskanzler Karl Nehammer werden wir auch in Zukunft unser Bestes für Österreich geben und mit vollem Einsatz für Entlastung sorgen“, sagte Wöginger bei der Klausur.

Kondolenzbuch Erhard Busek

ÖVP-Klubobmann August Wöginger war der Erste, der sich in das in den Klubräumlichkeiten aufgelegte Kondolenzbuch für den verstorbenen



In den Tagen nach dem überraschenden Ableben von Erhard Busek lag ein Kondolenzbuch im ÖVP-Klub auf, in dem KO August Wöginger seinen Respekt dem Verstorbenen gegenüber zum Ausdruck brachte

ehemaligen Vizekanzler und Parteiobmann Dr. Erhard Busek eingetragen hat. „Er war ein großer Österreicher und überzeugter Europäer, ein intellektueller Humanist und weltoffener Christ. Ein feinsinniger Vordenker und Nachdenker unserer Gesinnungsgemeinschaft mit Humor, Gewissen, Herz und Verstand. Wir trauern um ihn und werden ihm im ÖVP-Parlamentsklub für immer ein ehrendes Andenken bewahren“, schrieb Wöginger in seiner Beileidsbekundung.

Klubobmann übergab Spend von 15.000 Euro für Ukrainehilfe

Bewegend und aufrüttelnd erzählten drei junge ukrainische Frauen bei einer Veranstaltung des ÖVP-Parlamentsklubs genau einen Monat nach Beginn des Krieges von ihrer Flucht und ihrem Schicksal im Ukrainekrieg. Die ÖVP-Nationalratsabgeordneten Gudrun



Vertreterinnen und Vertreter des ÖVP-Parlamentsklubs bei der symbolischen Scheckübergabe für die Hilfsaktion für die Ukraine

Kugler und Norbert Sieber – die gemeinsam mit Pater Andrzej Nieduziak, einem Pfarrer der Pfarre Susiec an der polnisch-ukrainischen Grenze, eine Hilfsaktion aufgebaut haben – hatten die betroffenen Frauen sowie P. Andrzej in den Klub eingeladen. Sie berichteten gemeinsam von der Hilfsaktion, zeigten Fotos und sprachen

darüber, „wie wir weiterhin vor Ort helfen können“. Schließlich konnte ÖVP-Klubobmann August Wöginger der Hilfsaktion in Form eines symbolischen Spendenschecks eine Spende des ÖVP-Parlamentsklubs in Höhe von 15.000 Euro übergeben.

Verabschiedung ausgeschiedener Bundesräte

„Wir wollen jenen Danke sagen, die unsere Gemeinschaft eine Zeit lang durch ihre Arbeit und Kollegialität bereichert haben“, sagte der Fraktionsvorsitzende der ÖVP-Bundesräte, Karl Bader, anlässlich der Verabschiedung jener Bundesrätinnen und Bundesräte, die aus unterschiedlichen Gründen



Klara Neurauter (Mitte) erhielt zum Abschied ein Bild vom Parlament, übergeben von Karl Bader (re.) und August Wöginger (li.)

aus der Länderkammer ausgeschieden sind. Darunter Klara Neurauter, die ihr Bundesland Tirol einige Jahre im Bundesrat vertreten hat. Bader lobte Neurauters Tugenden wie ihre Verlässlichkeit, ihren Respekt vor politisch Andersdenkenden, ihr Wertebewusstsein. „Ich bin voll Dankbarkeit, dass ich in den Jahren im Bundesrat so viele unterschiedliche Persönlichkeiten aus ganz Österreich kennen und schätzen gelernt habe“, sagte Neurauter bei der Zusammenkunft im Beisein von ÖVP-Klubobmann August Wöginger.

Der Faktor Arbeit muss endlich entlastet werden!

„Die Beschäftigten dürfen nicht die Perspektive verlieren, Arbeit muss sich wieder lohnen und man muss von ihr leben können“, so BAK-Vizepräsident Erwin Zangerl im Interview.

Herr Präsident, Sie haben davor gewarnt, dass der Faktor Arbeit in Österreich zu hoch besteuert ist...

Zangerl: Ja, das ist ein enormes Problem, das sich jetzt zusätzlich verschärfen wird. Das, was in halbwegs normalen Zeiten für viele noch irgendwie funktioniert hat, wird sich durch die permanenten Krisen, in denen wir uns seit zwei Jahren befinden, aber massiv verschlechtern. Grundbedürfnisse wie Lebensmittel, Mieten oder Energie werden von Tag zu Tag teurer, die Inflation steigt, sogar von einer Stagflation ist die Rede. Wenn wir jetzt nicht handeln, wird das Leben für viele in Österreich nicht mehr funktionieren.

Inwiefern?

Zangerl: Auf der einen Seite haben die Menschen zu wenig Geld zum Leben und auf der anderen Seite gibt es ein Steuersystem, das ihnen gerade in Zeiten hoher Inflation das Geld aus den Taschen zieht, Stichwort Kalte Progression. Dadurch verlieren die Menschen die Perspektive, gerade die Jungen. Wir liegen bei der Besteuerung von Arbeit europaweit an dritter Stelle und in einem Land, in dem der Faktor Arbeit mit 47 Prozent besteuert ist, wird es extrem schwierig, sich etwas auf die Seite zu legen, geschweige denn, ein bescheidenes Vermögen aufzubauen. Der Großteil des Verdienstes wird wegbesteuert. Das ist nichts anderes als eine staatlich verordnete Geldbeschaffungsaktion, bei der die Beschäftigten eben die Zeche zahlen.

Was wäre die Lösung?

Zangerl: Wir brauchen wieder einen sozialen Ausgleich und Arbeit muss niedriger besteuert werden. Wenn das



BAK-Vizepräsident Erwin Zangerl: „Müssen Probleme jetzt lösen und nicht erst mit der nächsten größten Steuerreform aller Zeiten“.

in anderen EU-Staaten möglich ist, warum nicht auch bei uns? Warum ziehen wir jetzt, wo ohnehin vieles in Frage gestellt wird, nicht endlich die jahrzehntelang verschobenen Reformen durch, und zwar professionell im Sinne der Bürgerinnen und Bürger? Man braucht sich nur den jüngsten Förderbericht des Bundes anzuschauen, wo man sich schon fragt, mit welcher Berechtigung hier vieles gefördert wird. Hier gäbe es Ansatzpunkte genug, um zu sanieren, besonders im Bereich der indirekten Förderungen. Damit ließe sich viel erreichen, ebenso mit der Abschaffung der Kalten Progression. Der Bund muss endlich in die Gänge kommen.

Es werden auch neue Steuern wie eine Vermögenssteuer diskutiert...

Zangerl: Man muss jetzt jede Möglichkeit in Betracht ziehen, die den Menschen hilft, und das nicht nur für ein paar Monate durch eine Einmalzahlung. Letztlich ist das Vermögen sehr ungleich

verteilt, auch in Österreich besitzt ein Prozent die Hälfte des Gesamtvermögens. Wir müssen uns aber fragen, was das gesellschaftlich für Auswirkungen hat, gerade jetzt, wo sich die Lage Monat für Monat immer mehr zuspitzt. Die Politik hat bisher keine Lösungen gesucht, sondern sie bietet Lösungen, gegen die sich die meisten nicht wehren können. Je mehr sie besitzen, umso leichter finden sie ein steuerschonendes Konstrukt. Dafür zahlen andere dann Steuern von 40 Prozent und mehr und haben keine Möglichkeit, sich ein Schlupfloch zu suchen. Das muss abgestellt werden, denn wenn die Masse sich nur mehr von Monat zu Monat über die Runden bringen kann ohne Aussicht auf Verbesserung, was bleibt da noch als Perspektive? Für die jungen Leute gilt doch heute oft das Motto: Auf die Plätze-fertig-fertig. Von zielgerichtetem Loslaufen ist da gar nicht mehr die Rede. Wie auch, wenn einem die Familiengründung oder das Schaffen von Eigentum unmöglich gemacht werden? Die Unsicherheit, mit niedrigem Einkommen, schlampigem Beschäftigungsverhältnis oder gar dem Verlust des Arbeitsplatzes bedroht zu sein, nimmt einem ja schon zu Beginn den Elan, aufrecht ins Leben zu starten. Die Aussicht, als Working Poor zu gelten, also als jemand, der voll arbeitet, aber sich trotzdem das Leben nicht leisten kann, ist nicht verlockend. Und auch wenn jemand heute über dem Durchschnitt verdient, ist er nicht mehr in der Lage, Wohnraum zu erwerben. Gibt es Probleme wie in der Pandemie, wo das Einkommen durch Kurzarbeit sinkt, können sich auch Besserverdiener plötzlich nicht mehr die Miete leisten. Das sind die Probleme, die wir lösen müssen.

Achtung Gesundheit! Es ist 5 nach 12!

Die parlamentarische Bürgerinitiative der „Offensive Gesundheit“ läuft.

von Reinhard Waldhör

Die „Offensive Gesundheit“ ist ein Zusammenschluss der GÖD-Gesundheitsgewerkschaft mit Arbeiter- und Ärztekammer sowie den Fachgewerkschaften für den Gesundheits- und Langzeitpflegebereich. Aufgrund der alarmierenden Situation in der Pflege hat sie die parlamentarische Bürgerinitiative „Achtung Gesundheit! Es ist 5 nach 12!“ gestartet. Die Initiative fordert gute Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gesundheits- und Langzeitpflegebereich ein. Ab sofort kann jede interessierte Person durch ihre Unterschrift die parlamentarische Bürgerinitiative auf der Website offensivegesundheits.at unterstützen!

Die akute Krise im Gesundheitswesen endlich beenden

Inhaltlich wird im Rahmen der Bürgerinitiative der Nationalrat ersucht, umgehend Maßnahmen zu beschließen, um die akute Krise im Gesundheitswesen und in der Langzeitpflege endlich zu beenden. „Es ist 5 nach 12. Leere Betten in Krankenhäusern und Pflegeheimen sowie überlange Wartezeiten auf Leistungen mobiler Pflege und Betreuung zeigen die Versorgungskrise aufgrund der akuten Personalnot auf“, erklärt die „Offensive Gesundheit“. Da die ausreichende Versorgung der Bevölkerung unter den gegenwärtigen Umständen nicht mehr gewährleistet werden kann, werden im Rahmen der Bürgerinitiative folgende Punkte gefordert:

» Umgehend mehr finanzielle Mittel für das Gesundheitswesen und den Ausbau der Langzeitpflege, um die

dringendst notwendigen Reformen, unter Einbeziehung der relevanten Stakeholder, rasch umsetzen zu können.

- » Umgehende Besetzung vakanter Stellen im Gesundheits- und Langzeitpflegebereich sowie eine zusätzliche Aufstockung des Personals.
- » Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen für alle Berufsgruppen, die im Gesundheitswesen und in der Langzeitpflege benötigt werden.
- » Umgehende Verbesserung der Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten.
- » Etablierung einer österreichweiten evidenzbasierten Personalbedarfsberechnung sowie verbindliche Kriterien für die Personaleinsatzplanung als Sofortmaßnahme (Stichwort: keine Nachtdienste allein!).
- » Existenzsichernde finanzielle Entschädigung aller Auszubildenden sowie Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger in den Gesundheits-, Betreuungs- und Sozialberufen.
- » Anerkennung von berufsbedingter Arbeit an kranken, beeinträchtigten und pflegebedürftigen Menschen als Schwerarbeit sowie Einführung eines Überbrückungsmodells für Menschen, die aufgrund permanenter Belastungen insbesondere durch Nachtarbeit ein Regelpensionsalter von 65 Jahren schwer erreichen können.
- » Flächendeckende Umsetzung der Nachtschwerarbeitsstunden im Krankenhaus sowie in stationären Pflege- und Betreuungseinrichtungen.



Foto: GÖD

Reinhard Waldhör, Vorsitzender der GÖD-Gesundheitsgewerkschaft:

„In zwei Jahren Pandemie in Österreich haben es die Gesundheitsminister nicht geschafft, eine einzige Maßnahme auf den Weg zu bringen, die das Personal in den Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen nachhaltig entlastet. Die Kolleginnen und Kollegen können einfach nicht mehr. Es ist unerlässlich, dass notwendige Reformen sofort auf den Weg gebracht werden. Wir hoffen daher auf den raschen Dialog mit Gesundheitsminister Johannes Rauch. Uns ist in den letzten Jahren viel versprochen worden, und nun ist es Zeit, Worte in Taten umzusetzen. Mit der Bürgerinitiative wollen wir der Politik zeigen, wie das geht. Denn wenn die Politik nicht auf unsere Not eingeht, müssen wir unsere Forderungen durch die breite Unterstützung der Bevölkerung noch sichtbarer machen!“

Unterwegs in Österreich



Foto: Steirischer ÖAAB

Optimismus am Rande aller Krisen

Nach zwei Jahren pandemiebedingter Zwangspause konnte die steirische Denkwerkstatt, der ClubAAB, endlich wieder tagen. Die Frühjahrstagung fand in Mönichwald im Bezirk Hartberg-Fürstenfeld statt, wo knapp 50 geladene Mitglieder mit ausgewählten Referenten über die Herausforderungen durch die noch andauernde Pandemie, durch den Ukraine-Konflikt und der damit zusammenhängenden Energiekrise und deren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt im Industrieland Steiermark diskutierten. Gemeinsam stellte man sich den aktuellen Fragen der Gesellschaft und gab – trotz der Krisen – einen durchaus optimistischen Ausblick auf die Zukunft. Im Bild (v.l.n.r.): Volksanwalt Werner Amon, steirische ÖVP-Klubobfrau Barbara Riener, ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger, steirischer ÖAAB-Landesobmann Christopher Drexler, Arbeitsminister Martin Kocher und der steirische ÖAAB-Landesgeschäftsführer Günther Ruprecht



Foto: NÖAAB

Ehre, wem Ehre gebührt

Im barocken Schloss Hof wurde dem langjährigen NÖAAB-Landesobmann Nationalratspräsidenten Wolfgang Sobotka eine besondere Ehre zuteil. Für seine Verdienste für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Niederösterreich wurde ihm von der Obfrau des NÖAAB, Christiane Teschl-Hofmeister, die Liese-Prokop-Medaille überreicht, benannt nach der ehemaligen Innenministerin Prokop (1941 bis 2006). Auch Bundeskanzler Karl Nehammer und ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits nahmen an der Feierlichkeit teil. Im Bild (v.l.n.r.): ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits, Bundeskanzler Karl Nehammer, NÖAAB-Landesobfrau Christiane Teschl-Hofmeister, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und NÖAAB-Landesgeschäftsführer Simon Schmidt



Foto: ÖAAB/Schlagler

Verabschiedung und Geburtstag in St. Magdalena

Gleich zwei Anlässe wurden beim ÖAAB-Landesvorstand in St. Magdalena begangen: Der 70. Geburtstag des oberösterreichischen ÖAAB-Landesehrenobmannes Franz Hiesl und die Verabschiedung von ÖAAB-Landessekretär Wolfgang Brandstätter, der nach acht Jahren im OÖAAB in die Privatwirtschaft wechselt. Auch ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger ließ es sich nicht nehmen, für die langjährige tiefe Verbundenheit mit der Arbeitnehmervertretung der beiden zu danken und ihnen einen Eisstock zu überreichen. Im Bild: ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger mit Landesehrenobmann Franz Hiesl (re.) und der ehemalige Landessekretär Wolfgang Brandstätter (li.)



Foto: Steirischer ÖAAB

Alles neu macht der April

Beim Landestag der steirischen ÖAAB Frauen übergab die Klubobfrau der Steirischen Volkspartei im Landtag, Barbara Riener, das Staffelholz an die Nationalratsabgeordnete Corinna Scharzenberger. Die neue Landesvorsitzende wurde mit 100 Prozent der abgegebenen Stimmen gewählt. Der Landestag, der eigentlich schon 2020 geplant war – und wegen der Corona-Pandemie, dreimal verschoben werden musste – konnte nun Ende April unter dem Motto „FRAUEN.GEMEINSAM.STARK“ im Steiermarkhof in Graz stattfinden. Im Bild (v.l.n.r.): Steirische Klubobfrau Barbara Riener, steirischer ÖAAB-Landesobmann Christopher Drexler, die neue steirische ÖAAB-Landesfrauenvorsitzende Corinna Scharzenberger, ÖAAB-Bundesfrauenvorsitzende Gertraud Salzmann und der steirische ÖAAB-Landesgeschäftsführer Günther Ruprecht



Kaminatmosphäre bei guten Gesprächen

Bei der Arbeitsklausur des ÖAAB im niederösterreichischen Altengbach konnten wichtige Diskussionen, unter anderem zum Arbeitsmarkt, zur EU der Zukunft, zu leistbarem Wohnen sowie zu Frauen- und Familienpolitik, geführt werden. Der letzte Programmpunkt am Abend bei der Klausur war ein Kamingsgespräch mit Bundeskanzler Karl Nehammer. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten nach einem Referat des Bundeskanzlers die Möglichkeit, ihm in angenehmer Atmosphäre Fragen zu stellen und die aktuellen Themen rund um den Ukraine-Krieg und Maßnahmen gegen die Teuerung mit ihm zu diskutieren. Im Bild (v.l.n.r.): ARGE ÖAAB-Vorsitzender Michael Hammer, ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger, Bundeskanzler Karl Nehammer und der steirische ÖAAB-Landesobmann Christopher Drexler

Ehemaliger ÖVP-Klubobmann Fritz König verstorben

Der frühere ÖVP-Klubobmann Fritz König ist Anfang April im 90. Lebensjahr verstorben. Der Wiener saß von 1970 bis 1999 mit einigen Monaten Unterbrechung, als er im Europaparlament war, im Nationalrat. Von 1986 bis 1990 diente er als Fraktionschef der Volkspartei. Der promovierte Jurist und Wirtschaftswissenschaftler hat sich durch sein freundliches Wesen, seinen sachlichen Zugang und seine ergebnisorientierte Arbeitsweise Respekt über die Parteigrenzen hinweg erworben. Er war ein aktiver Arbeitnehmervertreter mit Herz und Verstand, der mit ganzer Kraft für Österreich und die Bürgerinnen und Bürger gearbeitet hat.



Foto: HOPI-MEDIA Medienservice GmbH

Frauen-Power für Oberösterreich

Eine weibliche Doppelführung im oberösterreichischen Arbeitnehmerbund: Bürgermeisterin Bettina Bernhart wurde einstimmig vom ÖAAB-Landesvorstand zur neuen Landesgeschäftsführerin des OÖVP-Arbeitnehmerbundes ÖAAB bestellt und wird künftig ÖAAB-Landesobfrau LH-Stvin. Christine Haberlander in ihrer Arbeit für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unterstützen. Bernhart folgt Wolfgang Brandstätter, der nach achteinhalb Jahren im ÖAAB in die Privatwirtschaft wechselt. Bürgermeister Mario Hermüller wird Bettina Bernhart als Stellvertreter zur Seite stehen.



Foto: ÖAAB Oberösterreich

Bettina Bernhart ist 45 Jahre alt, verheiratet und hat zwei Kinder (12 und 8 Jahre). Sie bringt neben einer 30-jährigen Erfahrung in ehrenamtlicher Parteiarbeit auch berufliche Qualifikationen und Erfahrungen in verschiedenen Arbeitsbereichen mit. Nach der Matura an der HAK Perg war sie neun Jahre Bankangestellte, zwischen 2006 und 2014 OÖVP-Bezirksgeschäftsführerin im Bezirk Perg unter Bezirksparteiobmann LH-Stv. a.D. Franz Hiesl. Nach der Geburt ihrer zweiten Tochter verlegte sie ihren Arbeitsplatz kurzerhand nach Hause, wo sie vier Jahre lang einen Hofladen mit landwirtschaftlicher Direktvermarktung betrieb. In den vergangenen sechs Monaten arbeitete Bernhart im Krisenstab der BH Perg mit. Seit Ende 2019 ist Bettina Bernhart Bürgermeisterin in Windhaag bei Perg, wo sie bei der Bürgermeister-Direktwahl im Herbst 2021 als Bürgermeisterin mit 73 Prozent der Stimmen bestätigt wurde. Neben ihrer Tätigkeit als Landesgeschäftsführerin des ÖAAB wird sie auch weiterhin ihr Amt als Bürgermeisterin der Gemeinde Windhaag bei Perg ausüben.



göd.fcg

Im Mittelpunkt der Mensch

STABILITÄT & SICHERHEIT



Foto: Hans/pxabay

goedfcg.at